

**Über Lebensqualität wird in Kommunen entschieden/
4. Brandenburg-Konferenz des DGB in Potsdam**

PM 59/08
15.09.08

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medien-
neu\2008\4.Brdbgkonf-Lebensquali.doc

E-Mail:
Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:
www.Berlin-Brandenburg.DGB.de

Ein „schlanker Staat“ entziehe sich seiner Verantwortung für Soziales, Bildung und Integration und komme so seinen Pflichten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr nach. Auf der **4. Brandenburg-Konferenz des DGB unter dem Motto „Gute Arbeit gibt es nicht zum Nulltarif“** plädierte die stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, dafür, die Kommunen finanziell zu stärken, damit die Lebensqualität der Menschen gesichert werde. Bundesweit sei mittlerweile ein Schuldenberg von 80 Mrd. Euro angehäuft worden. Selbst Brandenburger Städte mit dem höchsten Wirtschaftswachstum hätten nur halb so viel Wirtschaftskraft wie vergleichbare Städte im Westen. Der vielgepriesene Aufholprozess beim Aufbau Ost trete auf der Stelle.

Das „Diktat der leeren Kassen“ sei ein schlechter Ratgeber: Allein wenn die Erbschaftssteuer auf europäisches Niveau angehoben würde, könnte Brandenburg zusätzlich 164 Mio. Euro im Jahr kassieren. Dazu brauche es aber den politischen Willen, so Zinke. Das neoliberale Credo, nur durch massive Einschnitte ins Sozialsystem sei der Sozialstaat zu retten, sei zynisch und wälze die finanzielle Belastungen vor allem auf die Bürger ab über Zuzahlungen im Gesundheitswesen und privat finanzierte Zusatzrente. Öffentliche Daseinsvorsorge, also Bildung, Gesundheit, Kultur, Fürsorge, Mobilität bilde jedoch den wesentlichen Aspekt des Sozialstaatsprinzips, also dem Herzstück der Verfassung. Über soziale Einrichtungen, Bildung und Gesundheitsschutz fungiere der Staat auch als „Reparaturbetrieb“ für Familien. Diese Leistungen dürften nicht geschmälert werden, forderte die DGB-Vize.